

Botschaft über die internationale Zusammenarbeit der Schweiz 2017–2020

Stellungnahme

Der Bundesrat will in seiner künftigen Entwicklungszusammenarbeit das Engagement im Bereich von Grund- und Berufsbildung stärken. Hingegen hat er bei der Entwicklungszusammenarbeit insgesamt massive Einsparungen vorgenommen. Damit werden dem langfristigen Aufbau von Sicherheit und Stabilität und so auch der Prävention von Fluchtgründen wichtige Mittel entzogen.

Die neue Botschaft zur Internationalen Zusammenarbeit der Schweiz sieht ein erhöhtes inhaltliches und finanzielles Engagement für Grund- und Berufsbildung im Rahmen der Entwicklungsprogramme vor. Das Schweizer Netzwerk für Bildung und Internationale Zusammenarbeit RECI begrüsst diese verstärkte Ausrichtung. Bildung ist die Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben, für politische, soziale und wirtschaftliche Beteiligung und sie dient der Umsetzung aller in der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung gesetzten Ziele. Weiter dürften die Erfahrungen im Bildungsbereich als ein „komparativer Vorteil“ der Schweiz gewertet werden, welcher eine qualitativ hochstehende Kooperation in Entwicklungsländern ermöglicht und so die Stärkung der Bildungssysteme fördert.

Hingegen bedauert das RECI, dass sich die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit – entgegen der internationalen Entwicklungsagenda 2030 – in ihrer Bildungsarbeit nicht am Verständnis des lebenslangen Lernens orientiert, welches auf dem Recht auf Bildung für ALLE basiert.

Die vorgesehenen Kürzungen für Internationale Zusammenarbeit sind aus Sicht des RECI nicht akzeptabel. Die Schweiz hat sich verpflichtet, 0.7% des BNI für Entwicklung vorzusehen und die Ziele für nachhaltige Entwicklung SDG unterzeichnet. Mit der vorgelegten Botschaft und dem Budget kann die Schweiz ihre Verpflichtung nicht einlösen. Unser Land bleibt deutlich hinter seinen Versprechungen zurück.

Im Rahmen dieses bereits reduzierten Finanzrahmens werden Gelder von Entwicklung zu humanitärer Hilfe verschoben. Es darf nicht sein, dass Entwicklung und Humanitäre Hilfe gegeneinander ausgespielt werden. Sie müssen sich verschränken. Tatsächlich agiert die humanitäre Hilfe heute zunehmend in Ländern mit langfristigen Krisen. Darum ist es unabdingbar, die Bereiche der Entwicklung und Humanitären Hilfe zu integrieren und die Programme gezielt abzustimmen. Bildung ist dabei eine Herausforderung, welche nicht nur an die Entwicklungszusammenarbeit delegiert werden darf sondern auch in der Humanitären Hilfe ihren Platz haben muss. Dabei geht es nebst den traditionellen Aktivitäten dem Wiederaufbau von Schulhäusern vor allem auch um die Entwicklung von angepassten Programmen in guter Qualität oder um die Ausbildung des notwendigen Personals.

Das globale Netzwerk zivilgesellschaftlicher Akteure „Global Campaign for Education GCE“, deren Schweizer Mitglied das RECI ist, fordert von den internationalen Geldgebern, dass sie aus ihren Budgets für Humanitäre Hilfe mindestens 4% für Bildung einsetzen. Das RECI schliesst sich dieser Perspektive an, die mithilft, insbesondere für Kinder, Junge Menschen und Erwachsene in Krisensituationen neue Perspektiven zu schaffen.

Im Blick auf die Debatte der Botschaft über Internationale Zusammenarbeit 2017 – 2019 richtet das RECI folgenden Appel an die Parlamentarierinnen und Parlamentarier:

- Bundesrat und Parlament sollten die Versprechungen der Schweiz einlösen und sich an der international weiterhin gültigen Zielsetzung von 0.7% orientieren. Als Zwischenschritt ist mindestens das vom Parlament für 2015 gesetzte Ziel von 0.5% umzusetzen.
- Allfällige weitere Kürzungsvorschläge des Rahmenkredits für Internationale Zusammenarbeit zu Handen des Parlaments sind entschieden abzulehnen.
- Die Erhöhung des Engagements und der Finanzierung von Bildung ist zu unterstützen.
- In Abstimmung mit der Internationalen Agenda ist Bildung aus der Perspektive des Lebenslangen Lernens zu sehen; basierend auf dem Recht auf Bildung für Alle.
- Aus dem Rahmenkredit für Humanitäre Hilfe sind Mittel für Bildung in Situationen von humanitären Krisen bereitzustellen.

Zürich / April 2016